



Freibärger

Freibergs alternative Zeitung

Inhalt

Preis: 1/2 EURO

Nummer 41

November/Dezember 2004

Seite 1-3

Hartz IV klopft an die Tür
in Freiberg, Berlin...

Seite 3-4

Alg II - unsäglicher Antrag
Glänzendes Sauberberg

Seite 5-7

Landtagswahl 2004
NPD in Freiberg

Seite 8-9

Sachsen gegen Rechts

Seite 10-11

Gezapftes aus dem Brauhof

Seite 11-12

Tootsies & Boggle

Editorial

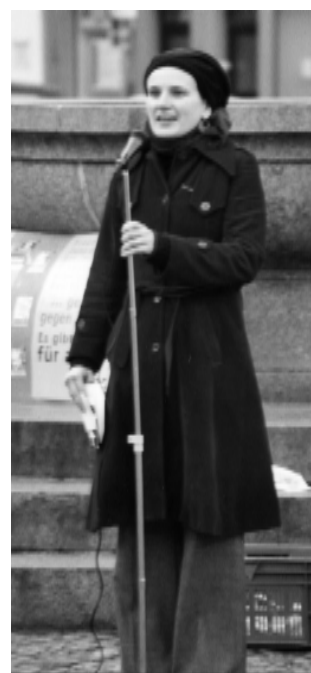
Zwei Themen standen seit dem letzten Erscheinen dieser Zeitung im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses: Der Einzug von Neonazis in den sächsischen Landtag und die bevorstehenden sozialstaatlichen Kürzungen, die euphemistisch als Reformen bezeichnet werden. In Stadt und Land Freiberg hat die NPD mit 9,3% überdurchschnittlich viel gewonnen. Allerdings konnte der etwas blasse NPD-Kandidat aus Freiberg nicht davon profitieren. 3240 FreibürgerInnen haben mit der Zweitstimme ihrem Wunsch Ausdruck verliehen, gesellschaftliche Probleme zukünftig von Menschen lösen zu lassen, die nur eine Variante zu kennen scheinen: die faschistische oder nationalsozialistische. Die Reaktionen der anderen "demokratischen" Parteien hat einen schalen Beigeschmack hinterlassen. So, wird es nicht gehen! Wer die Neonazis wegen ihrer "platten" Parolen à la "Schnauze voll" kritisiert, muss sich nach seinen eigenen befragen lassen "Gut zu vögeln" (B'90/Grüne), "Kein Sex mit Nazis" (PDS) sind auch nicht gerade die Renner oder? Dagegen sind die Redebeiträge auf Freibergs Montagsdemos von hoher Qualität! In diesem Sinne, man sieht sich!

Die Redaktion des FbÄ

Immer wieder montags...



[nry] Unsere Montagsdemos haben bereits im April 2004 begonnen. Schon nach der ersten Großdemo in Berlin gab es am 17. April eine Demo gegen den Sozialabbau in Freiberg. Organisiert wurde sie vom „Runden Tisch für soziale Gerechtigkeit und gegen Sozialabbau.“ Danach wurde lange gerätselt, waren die 150 Teilnehmer nun ein Erfolg für Freiberg oder nicht. „Mehrheitlich“ war man sich einig, eine Demo jede Woche wäre nicht so das richtige und man beschloss Informationsveranstaltungen durchzuführen.



Doch dann kam der Spätsommer. Montagsdemos waren wieder „in“ und einige PDS Genossen entsannen sich: Ja, wir haben da doch den "Runden Tisch". Landtagswahlkampf war ja auch, also passte das alles wunderbar zusammen. Wer diese Darstellung für überspitzt hält, sollte sich nochmal den Wahlkampfspot der PDS zeigen lassen. Nachdem die Meinungsverschiedenheiten mehr oder weniger ausgeräumt waren, ging man dazu über, eine regelmäßige Montags-

demo zu organisieren. Inzwischen sind acht vergangen. Es gab mit der Teilnehmerzahl ein ständiges auf und ab. Aber nun hat sich ein fester Stamm von 100-120 TeilnehmerInnen herausgebildet und die wollen weitermachen, trotz Regen und Kälte. Von vorneherein wurde von den OrganisatorInnen darauf Wert gelegt, Inhalte an die Menschen zu bringen. Deshalb wurde immer wieder versucht namhafte RednerInnen nach Freiberg zu bekommen. U.a. waren Gert Julius von der GBM, Matthias Dittmann vom Arbeitslosenverband, Ronald Plaschke von der Armutskonferenz Sachsen, die stv. Bundesvorsitzende der PDS, Katja Kipping, und viele andere bei uns zu Gast. Von Anfang an haben wir in die Organisation und Durchführung der Montagsdemos Jugendorganisationen mit einbezogen. Auch von ihnen gab es sehr inhaltvolle Beiträge. Am offenen Mikrofon wurden wir immer wieder von spontanen Redebeiträgen beeindruckt. Zwei Versuche, ausländerfeindliche und rassistische Meinun-





genkundzutun, wurden strikt unterbunden. Unsere Montagsdemo und der Runde Tisch distanzieren sich aufs Schärfste von faschistischen, ausländischerfeindlichen und rassistischen Parteien, Bewegungen und Äußerungen. Am 25.10. gab es für Freiberg eine Besonderheit. Die Demo endete nicht wie sonst auf dem Obermarkt, sondern wurde zum Platz der Oktoberopfer weitergeführt. Hier wurden 1923 29 FreibergereInnen von der Reichswehr unter

Beteiligung von Mitgliedern der Burschenschaft "Glückauf" erschossen. Sie waren auch auf die Straße gegangen, weil sie Brot für ihre Familien wollten. In einer kurzen Feier gedachten die Teilnehmer der Montagsdemo der Toten von 1923 und waren sich einig in dem Gedanken: Das darf nicht wieder passieren! Dennoch: auch heute müssen viele Menschen in Deutschland von Sozialen Tafeln mit Lebensmitteln versorgt werden. Der Herbst kommt- Regen, Schnee, Wind, aber auch im November wollen die FreibergereInnen, neben den Infoveranstaltungen, weiter am Montag auf die Straße gehen, vorher, am 06.11.04, fahren sie noch Bahn und Schlitten mit Hartz IV in Nürnberg.



Elke Altmann (PDS), Volker Meutzner (Haus und Grund), Richard Thum (Pressesprecher vom "Runden Tisch")

Hartz IV - Demo in Berlin am 2. Oktober -Betroffenenbericht einer Freibergerin

Ende der Bescheidenheit

- Alles für Alle -



[anne] Am Samstag, den 2. Oktober 2004 kamen ca. 45.000 DemonstrantInnen nach Berlin, um gegen das neu beschlossene Hartz IV Gesetz zu demonstrieren. Neben der PDS, KPD, IG Metall, GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin), WASG (Wahlalternative-Arbeit & soziale Gerechtigkeit) und weiteren Einzelgewerkschaften war auch ein Block "Antifaschistische Aktion" vertreten. Die Polizei war mit Hubschraubern, Mannschaftswagen, Vans, Streifenwagen, Motorrädern und Wasserwerfern großflächig angerückt. Die DemonstrantInnen, aus ganz Deutschland größtenteils mit Bussen angereist, die von den Gewerkschaften organisiert waren, trafen sich um 12.00 Uhr am Alexanderplatz, wo die Auftaktkundgebung stattfand. Um 12.30 Uhr erreichte ich mit meinen Leuten den Kundgebungsort. Dort hielten wir uns bis ca. 13.20 Uhr auf und setzten uns dann mit allen anderen in Bewegung. Unterwegs traf ich auf den Antifablock, dem ich mich dort sofort anschloss. Wir zogen durch die Straßen, riefen unsere Parolen und merkten bald, dass sich die Polizei langsam immer mehr auf uns konzentrierte. Am Ende der Torstraße stand an der Kreuzung ein Trupp Polizisten und filmte uns. Als die ersten AntifaschistInnen die Polizei bemerkten, rannten sie auf die Polizei zu und kreiste den Trupp ein, der permanent filmte. Der halbe Antifablock umstellte die Polizei und forderte lauthals, die Filmerei einzustellen. Aus dem Lautsprecherwagen forderte jemand die Po-

lizei dazu auf, sofort zu verschwinden. Die Polizei, in der Unterzahl, hörte, nachdem sie noch provokativ die Gesichter aufgenommen hatte, endlich auf zu filmen. Der Antifablock setzte sich wieder in Bewegung, um sich den restlichen DemonstrantInnen anzuschließen. Ab dieser kurzen Konfrontation wurden wir von der Polizei ständig verfolgt. Sie stellte unter anderem ihre Mannschaftswagen mitten auf die Straße, an denen wir uns vorbeizwängen mussten. Die Demo-Route führte direkt an einer Niederlassung von VW vorbei. Dem Vorstandsmitglied dieses Konzerns haben wir das beschlossene Hartz-IV-Gesetz zu verdanken. Als wir an dem gläsernen Firmensitz angekommen waren, flogen ein paar Farbeier aus unseren Reihen. Zwei Polizisten in Zivil sprangen vom Gehsteig und griffen sich einen Demonstranten, was sofort ein Handgemenge auslöste. Als sich Demonstranten und die Zivilpolizisten wieder voneinander gelöst hatten, stand der drangsalierte Demonstrant wieder in unseren Reihen. Plötzlich kamen Polizisten angerannt. Die Polizeifront wurde stärker, während die Antifas auf sie einbrüllten. Eine Eskalation war jetzt unvermeidbar. Polizei rannte weiter auf uns zu und ein Teil von uns wurde zurückgedrängt, während sich der Rest mit ihnen prügelte. Plötzlich waren wir umzingelt, überall stand die Polizei und griff sich wahllos DemonstrantInnen und versuchte sie aus der Menge heraus zu zerren. Ich stand am Rand des Gedränges und versuchte mir einen Überblick zu verschaffen, um erst

einmal zwischen Linken und Polizisten unterscheiden zu können. Das war gar nicht so einfach, da sich immer mehr Zivilpolizisten unter die Menge mischten. So kam es mir zumindest vor. Ich stand am Kopftransparent. Als plötzlich einer der Träger weglief, schnappte ich mir das Ende. Wir versuchten mit dem Transparent zwischen Polizei und DemonstrantInnen zu gelangen. Da nur

wenig Platz war, wurde ich weggedrängt und stand nun der Polizei direkt gegenüber. Ich beobachtete wie einige Polizisten auf mich zustürmten, drehte mich um und versuchte weg zu rennen. Da warf sich ein Polizist von hinten auf mich und schleifte mich aus der Menge. Ich wurde zu einem in der Nähe stehenden Mannschaftswagen gebracht, wo sie mich abfotografierten und schließlich drei Stunden

in "Einzelhaft" sperrten. Danach musste ich noch weitere drei Stunden auf einer Wache zu bringen. Der Abend war für mich gelaufen. Ich war Eine von 14 Gefangenen und während ich bei der Polizei saß, hatte der Antifablock noch bis zurück zum Alexanderplatz Konflikte mit der Polizei.

Unsäglicher Alg II-Antrag

[guido grüner] Die Politik will die Arbeitslosen - wie auch immer - los werden. Dafür wurde die Grundsicherung für Arbeitsuchende gemacht. Das Antragsformular zeigt, wie das unter anderem klappen soll: Arbeitslose sollen fürchten, dass mit ihnen zusammen lebende Personen für sie zahlen müssen. Daher werden im Antragsformular immer wieder Angaben zu „im Haushalt lebenden weiteren Personen“ erfragt. Doch viele Abfragen des aktuellen Formulars sind nicht nur unverständlich, sondern gleich unzulässig.

Umfassende Fragen ans Wohnumfeld

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) muß die Antragsbögen nach Kritik von Initiativen und Datenschützern zumindest mit der nächsten Auflage „in wesentlichen Punkten“ verändern - im Ergebnis irgendwann im Jahr 2005. Solange sollen Erwerbslose die datenschutzrechtlich problematischen Bögen ausfüllen. Ein eigentlich unhaltbarer Zustand, in den sich Erwerbslose klaglos fügen sollen, wenn sie ab Januar die Arbeitslosenunterstützung bekommen wollen. Ein wesentlicher Kritikpunkt der Datenschützer ist, dass im Formular zur Beantragung des Arbeitslosengeldes II (Alg II) zu ‚Mitbewohnern‘ aller Art Angaben zu Vermögen, Erwerbsarbeit und -fähigkeit, Besitz etc. gefordert werden. Nicht unterschieden wird zwischen „Bedarfgemeinschaft“ und „Haushaltsgemeinschaft“. Im Ergebnis werden nicht erforderliche und teils sogar unzulässige Abfragen an die Antragsteller gerichtet, da bestimmte Angaben nicht bei ihnen, sondern höchstens bei den ‚Verwandten in Haushaltsgemeinschaft‘ selbst erhoben werden dürften.

Bedarfs-oder Haushaltsgemeinschaft?

Alg II wird an die oder den Erwerbsfähige/n samt Partner und Kinder gezahlt. Diese Personengruppe heißt „Bedarfgemeinschaft“ (BG). Für sie wird Alg II

sten klarzukommen, wenn überall dort, wo nach den im Haus oder Haushalt lebenden Personen gefragt wird, immer mit Blick auf die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft geantwortet wird!



beantragt. Alle Personen der BG werden bei der Prüfung der „Hilfebedürftigkeit“ in einen Topf geworfen. (Bei minderjährigen Antragstellern kommen deren mit ihnen zusammenlebenden Eltern samt Partnern und Kindern noch hinzu). Aus der Zusammensetzung dieser Gruppe sowie den erforderlichen Unterkunftskosten errechnet sich das Alg II. Entsprechend sind Abfragen (z.B. zum Einkommen) weiterer mit dieser BG zusammen lebender Personen nicht erforderlich oder völlig unzulässig. Nicht erforderlich sind diese zu im Haushalt der BG lebenden Verwandten (das ist die sog. „Haushaltsgemeinschaft“, bestehend aus der BG sowie z.B. Onkel, Tante, Großeltern), wenn diese zum Lebensunterhalt der BG nichts beitragen. Abfragen und Angaben zu Mitgliedern von Wohn- oder anderen Zweckgemeinschaften haben im Antragsbogen erst recht nichts zu suchen. Merke: Mit den Fragen im Antragsbogen ist am be-

Was bringt die Ausfüllhilfe der BA?

Da das Ausfüllen der Anträge trotzdem nicht einfach ist - ein ‚oberer‘ Datenschützer bekannte gegenüber "quer", dass auch er den Bogen erst nach ca. drei Wochen wirklich verstanden hat - wird nach Aussage des Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar „die BA (...) unter Mitwirkung der Datenschutzbeauftragten kurzfristig eine Ausfüllhilfe erarbeiten, damit die Betroffenen erkennen können, welche Daten in der konkreten Situation wirklich erforderlich sind“. Diese „Ausfüllhinweise“ der BA liegen nun mit Datum vom 16.9.2004 im Umfang von zwölf Seiten vor. Sie werden Antragstellern jedoch nicht zugeschiedt, sondern ‚mit vertretbarem Aufwand‘ verbreitet (z.B. über die BA-web-site). In den Hinweisen erklärt die BA: „Angaben in dem Merkblatt (zum Alg II, Anm. quer), die diesen Ausfüllhinweisen nicht entsprechen, sind nicht zu

beachten.“Diesen Ausfüllhinweisen ist anzusehen, dass einige Leute der BA sich inzwischen bemühen, das SGB II zu verstehen. Das gelingt nur zum Teil. Denn warum z.B. die „Freundin“ Mitglied der „Haushaltsgemeinschaft“ sein sollte, zu der gesetzlich nur Verwandte oder Verschwägerte gehören, muß Geheimnis der Hinweisschreiber bleiben. Auch fehlen viele Erläuterungen (z.B. eine Liste sonstiger Wohnkosten), die inzwischen hilfsweise einzelne Arbeitsämter anbieten (z.B. Plauen). Hilfreicher als die Hinweise der BA ist eine 15-Punkte-Liste der nach Aussage des Bundesdatenschutzes zwischen Bundesagentur und Datenschützern unstrittigen notwendigen Änderungen und Klarstellung zum Alg II-Antragsformular. Alg II-Anträge, die entsprechend den in den 15 Punkten angesprochenen Änderungen ausgefüllt wurden, dürften die Arbeitsämter demnach nicht als ‚unvollständig‘ zurückweisen. Falls doch, bittet der Bundesdatenschützer um Hinweise, denen er nachgehen will, da die BA zugesagt habe, die Anträge auch ohne diese Angabe zu bearbeiten.

Lieben Sie Überraschungen?

Dann probieren Sie jetzt den Alg II-Antrag! Mit dem Alg II-Antrag werden Angaben über Wohnungs- und Hausgröße, Kraftfahrzeug und Wertgegenstände erhoben. Das SGB II macht klar, dass Alg II-Bezieher über diese nur in für sie „angemessenem“ Umfang verfügen dürfen (§ 12 SGB II). Doch Bundesministerium und Behörden behalten sich bis heute vor, erst später (etwa erst nach Durchsicht einer ausreichenden Stichprobe der Alg II-Anträge?) zu bestimmen, wo die Angemessenheit aufhört und die Ablehnung des Alg II-Antrages beginnt. Mittels dieser Feinabstimmung‘ sollen die Angemessenheitskriterien des Alg II so justiert werden, dass die in den Bundeshaushalt 2005 eingestellten Mittel für das Alg II ausreichen. Da das Ministerium für diese ‚Feinjustierung‘ eine ausreichende Datengrundlage braucht, dringen die Arbeitsämter heute auf die schnelle Abgabe der Antragsunterlagen. Diese „Angemessenheit“ sagt daher nichts darüber aus, was Erwerbslose oder Werkstätige zum Leben brauchen. Betroffen von dieser Vorgehensweise ist auch die Festlegung des ‚Selbstbehaltes‘ der Verwandten in

der „Haushaltsgemeinschaft“, zu dem erst ein Verordnungsentwurf vorliegt. Diese Verwandten trifft ggf. die „gesetzliche Unterhaltsvermutung“ (§ 9 SGB II). Deren Beitrag zum Lebensunterhalt würde einen Alg II-Anspruch der Antragsteller mindern oder ausschließen. Wem diese (das muß hier zugegeben werden) Vermutung zu weit geht (beweisen kann ich diese leider noch nicht), die/der sei an die Vorkommnisse bei Einführung der Pflegeversicherung Mitte der 90er Jahre erinnert.

Was ist zu tun?

Das ganze Alg II-Bearbeitungsverfahren ist unsäglich. Da sollen unzulässige Antragsformulare ausgefüllt werden, werden Hinweise der BA zum SGB II vertrieben, die nach Aussage selbst der BA korrekturbedürftig sind und die neuesten Ausfüllhinweise (selbst nur teilweise kor-

rekt) werden den Betroffenen nicht mal zugestellt. Absehbar ist das absolute Tohuwabohu im Beantragungsverfahren - verursacht durch die Vorgabe der Politik, die Leistungskürzungen um jeden Preis zum 1.1.2005 umzusetzen. Das geht zu Lasten Erwerbsloser und der Bediensteten im Amt. Hierzu gibt es nur eine Lösung: Hartz IV sofort stoppen! quer fordert Arbeitsamtsmitarbeiter auf, sich auch öffentlich über das Hartz IV-Chaos im Amt zu äussern. quer garantiert Schutz der ‚Informanten‘. Haben Sie den Mut, den Maulkorberlass zu ignorieren, mit dem die BA-Leitung Sie dazu bringen will, über das von der Politik im Amt angerichtete Chaos zu berichten. Informieren Sie die Öffentlichkeit über wahre Seiten von Hartz IV!

Artikel aus der Arbeitslosenzeitung quer vom Oktober 2004



Pikfeine Fassaden! Ganz Freiberg ist stolz auf seine Haus- und Grundstückseigentümer. Ganz Freiberg? Die Nachricht, die Stadtverwaltung werde zukünftig Hauseigentümer, die ihre Häuser leerstehen und vergammeln lassen mit 1500 Euro monatlich belasten, haben sich als dummes Gerücht entpuppt. Schade eigentlich, da könnte doch das Geld für den mißlungenen "Friedeburg-Deal" herkommen oder? Stattdessen ist die Anzahl der "Kippen-WerferInnen" in Freiberg bis Oktober auf 103 angestiegen, das macht gerade mal 1545 Euro für die Stadtkasse.

Die NPD nach 36 Jahren wieder in einem Landtag:

Schnauze voll!

[fbÄ, ray] Bei den Landtagswahlen in Sachsen erreichte die neonazistische Partei NPD 9,2 Prozent der Zweitstimmen und zog mit 12 Mandaten in das Parlament ein. 190.909 WählerInnen von insgesamt 2,1 Millionen haben der NPD ermöglicht nach sechsunddreißigjähriger Abstinenz wieder in einen Landtag einzuziehen zu können. Die Partei wird die Privilegien der Parlamentszugehörigkeit wie Finanzen, öffentliches Forum für Propaganda dazu nutzen, um ihr Ziel des Einzugs in den deutschen Bundestag 2006 und des Recyclings nationalsozialistischen Gedankenguts zu verwirklichen.

Nazis unter sich: NPD-Stand in der Peterstraße



Im Juni 1930 ergriff ein Schock das Land Sachsen. Die NSDAP hatte bei den Landtagswahlen 14,43 % der WählerInnenstimmen erzielt und damit im Vergleich zu den Wahlen ein Jahr vorher um 9,47 % zugelegt. Im sächsischen Landtag saßen damals 11 Parteien. Von den 96 Mandaten gehörten 32 Mandate der SPD, der die NSDAP mit 14 Mandaten als zweitstärkste Fraktion folgte. Gleichwohl stellte nicht die SPD, sondern die DNVP den Ministerpräsidenten. Drei Jahre nach dem Erfolg der Nazis wurde der Landtag aufgelöst. In keinem anderen Land war die NSDAP zu dem Zeitpunkt so erfolgreich wie in Sachsen. Die liberale „Frankfurter Zeitung“ kommentierte den Wahlausgang mit dem Satz, die Wahlen im Freistaat Sachsen hätten bedeutende Folgen für das Deutsche Reich. Unterstützung erhielt die NSDAP vor allem von der Landbevölkerung. Nach ihrer Legalisierung in Sachsen Ende 1924 wurde der Freistaat zu einem Schwerpunkt der nationalsozialistischen Agitation. Am 11. Juni 1925 kam Hitler ins Vogtland nach

Plauen, wo er vor 3500 Menschen aus ganz Sachsen sprach. Im April 1928 mussten vor der größten Halle in Chemnitz 1000 Leute von der Polizei zurück gehalten werden, weil der Saal mit 3000 Besuchern schon überfüllt war. Die Reaktionen der bürgerlichen Parteien auf das energische Vorgehen der Nazis beschreibt der amerikanische Historiker Benjamin Lapp in seinem 1997 erschienenen Band über den Aufstieg des Nationalsozialismus in Sachsen als jämmerlich und passiv. Bei der Landtagswahl 2004 erhielt die NPD in ländlichen Gebieten doppelt so viele Wählerstimmen als in den Städten. Der Kontakt zu den BürgerInnen war eher bescheiden. Zwar hat die Partei im

sächsischen Wahlkampf im Unterschied zu der künftigen Schwesterpartei, der neonazistischen DVU, in Brandenburg mit Wahlständen und Einsätzen der „roten Legende“, einem für den Wahlkampf umfunktionierten Feuerwehrauto älteren Modells aus Lüneburg, persönliche Präsenz gezeigt, aber nicht wirklich BürgerInnen auf der Straße ansprechen können. Die meisten Menschen dürfte sie während des „Tag der Sachsen“ erreicht haben, als sie ein gemietetes Flugzeug stundenlang mit NPD-Werbebanner über die Stadt Döbeln und Hunderttausenden BesucherInnen kreisen ließ. In manchen Städten hatte die NPD als erste Partei den Wahlkampf freigen mit einem eigenen Stand eröffnet und dabei ihre in hoher Auflage gedruckte Wahlzeitung frühzeitig verteilt sowie die Fußgängerzonen mit dem schrill klingenden Geplärre von Frank Rennecke beschallt. Die Wahlkampfauftritte der NPD waren überall sorgfältig geplant. Um den mit wenigen Mitgliedern und Anhängern besetzten Propagandaständen flanierten zur Absi-

cherung in Kleingruppen von zwei bis vier Personen weitere Neonazis im unauffälligen Outfit. Sobald die NPD einen Stand aufgebaut hatte, waren auch Polizeikräfte vor Ort, die bei anderen Parteien meistens fehlte. Nur in wenigen Städten wie in Dresden und Pirna kam es zu massiven Störungen des NPD-Wahlkampfes durch AntifaschistInnen. Die NPD trat auch nur dort in Erscheinung, wo sie schon bei den Kommunalwahlen im Juni Erfolge erzielte und in den 31 von 60 möglichen Wahlkreisen, in denen sie ihre 31 DirektkandidatInnen nominiert hatte. Die Plakatierung erfolgte flächendeckend und in den meisten Fällen wurden abgerissene Plakate zügig durch höher gehängte ersetzt. Nach dem neofaschistischen Großereignis „Hess-Marsch“ im bayerischen Wunsiedel erhielt die sächsische NPD Wahlkampfunterstützung aus dem Westen. Schon hier wurde die reibungslose Zusammenarbeit zwischen den sogenannten „Freien Kameradschaften“ und der sich nach außen eher „kleinbürgerlich“ gebenden NPD offensichtlich. Nutznießer des NPD Wahlkampfes dürfte auch der Nazi-Barde Frank Rennecke gewesen, dessen Auftritte während einer Wahlkampftournee unbehelligt von Polizei und Antifa abliefen. Die Produktion und kostenlose Verteilung einer Musik CD im grün-weißen Cover der sächsischen Landesfarben zum Wahlkampf mit einschlägigen Rechtsrock-Titeln von Rennecke, Sturmwehr, Spreegeschwader, Funkenflug, Lunikoff, Sturmwehr, Noie Werte, Faustrecht, Nordwind, Annett, Sleipnir und Schlachthaus zum Abschluss des Wahlkampfes war medienwirksam und erhöhte den Bekanntheitsgrad der NPD, wozu die vorübergehende richterliche Beschlagnahme ein gerütteltes Maß beitrug. Der Einzug der NPD in den sächsischen Landtag war vorhersehbar, nachdem die Partei bei den Europa- und Kommunalwahlen im Juni bereits einige Erfolge aufzeigen konnte. An zahlreichen sächsischen Schulen wurden im Umfeld der EU-Wahlen und vor der Landtagswahl sogenannte „Schülerwahlen“ abgehalten, bei denen Tausende von SchülerInnen zwischen 14 und 18 Jahren im Unterricht wählen durften. Die Ergebnisse für die NPD waren hier zum Teil zweistellig, an manchen Schulen wurde sie sogar zweitstärkste Partei hinter der CDU. Das sächsische Kultusministerium verzichtete daraufhin auf eine vorher versprochene Veröffentlichung der Ergebnisse.

Ein völkisch-rassistisches Wahlprogramm

Das Parteiprogramm der NPD für Sachsen zeigt deutliche Züge von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, aber auch für Jugendliche unpopuläre Forderungen wie dem nach einem generellen Rauchverbot an Schulen. Im Bereich Bildungspolitik fordert die NPD: „Die Überfremdung unseres Kultur- und Sprachschatzes durch Anglizismen muss gestoppt werden.Die Einführung von Englischunterricht in der Grundschule (oder gar Kindergarten) ist abzuschaffen. ... Abschaffung des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen ... Ausländische Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse dürfen nicht eingeschult werden. ... Abschaffung der Rechtsschreibereform. ... Pflichtfach „gesunde Ernährung“ an allen Schulen.“ Im Bereich Arbeit- und Wirtschaftspolitik stehen die Forderungen nach Ablehnung der Globalisierung, der Austritt aus der Europäischen Union sowie eine „Volks- und Raumnaher“-Wirtschaftskonzeption im Mittelpunkt. In seinem Kern ist das Programm



Protestaktion gegen NPD-Einzug in den Stadtrat von Freiberg.

völkisch-rassistisch. Die Forderung nach Abschiebung straffällig gewordener Ausländer in ihre Herkunftsländer, nach einer Arbeitspriorität für Deutsche und nach Abschiebung von Ausländern, die drei Monate arbeitslos sind unterstreichen das. Das Programm fand seine plakative Ausführung in der Wahlwerbung mit den Slogans „Grenzen dicht!“, „Ausländer – gute Heimreise!“ für den Rassismus und „Schnauze voll!“, „Wahltag ist Zahntag!“ als Kritik an der HartzIV-Gesetzgebung.

Sachsen, Vorreiter für andere Bundesländer ?

Schon die Soziogramme der sächsischen NPD-Abgeordneten lassen vermuten, dass die Landtagsfraktion gegen Auflösungserrscheinungen, wie sie bei verschiedenen DVU-Fraktionen beispielsweise in Bremen und Sachsen-Anhalt auftraten, resistent ist. Die meisten NPD-Abgeordneten sind typische Kleinbürger, zu ihrem ersten Auftritt im Parlament erschienen die Männer in Anzug und mit Krawatte und bedeutsamer: die meisten sind schon einige Jahre in der Parteipolitik

eingebunden und haben bereits langjährige Erfahrungen in Kommunalparlamenten. Die Option bei der Bundestagswahl 2006 erfolgreich sein zu können, schweißt die Partei weiter zusammen. Nach den Wahlen in Sachsen und Brandenburg können die neonazistischen Parteien NPD und DVU erneut mit Geldern aus der Staatskasse rechnen. Das stärkt die Logistik. Die DVU kann rein theoretisch für 71003 Stimmen 60352,55 Euro reklamieren, die NPD für 191087 Stimmen 162423,95 Euro. Bereits für das Jahr 2003 hatten beide Parteien Ansprüche angemeldet. Ausgezahlt bekam die DVU 230923,70 Euro und die NPD 334291,43 Euro. Zu diesen Geldern kommen zusätzliche Mittel, die den Abgeordneten wegen ihrer Parlamentstätigkeit zustehen wie z.B. Gehälter für MitarbeiterInnen. Im Augenblick ist ein regelrechter Strom von NPD-Funktionären und führenden Köpfen der „Freien Kameradschaften“ aus dem Westen der Bundesrepublik nach Sachsen zu beobachten, so dass davon auszugehen ist, dass die sächsische NPD-Landtagsfraktion von einem professionellen Mitarbeiterstab bekannter Neonazis unterstützt und gelenkt wird. Die Einbindung so bekannter Nazifiguren wie Thomas Wulff,



Thomas Wulff (oben) fest im Polizeigriff im August vor dem Hess-Marsch im bayerischen Wunsiedel und als Gast der Freiburger NPD, eine Woche später. NPD-Bundesvorstandsmitglied Stefan Rochow (rechts daneben)



Thorsten Heise, Alexander Tegethoff und des ehemaligen „Landser“ Sängers Michael Regener (Spitzname „Lunikoff“) in die NPD lässt den Schluss zu, dass hier Funktionäre gewonnen wurden, die für spezielle Wahlkampfaufgaben in anderen Bundesländern eingespannt werden sollen. Hier dürfte mehr noch als Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern das Land Niedersachsen für die NPD von größerem Interesse sein. Schließlich ist dort die Partei im November 1964 gegründet worden.

Ignoranz statt antifaschistischem Engagements

Die sächsische CDU hat die Existenz von Neonazis beständig geleugnet. Im September 2000 hatte der damalige Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) in einem Interview mit der „Sächsischen Zeitung“ erklärt: „In Sachsen haben noch keine Häuser gebrannt, es ist auch noch niemand umgekommen.“ Zu

dem Zeitpunkt des Interviews hatten in Sachsen sieben Menschen in Folge von rassistischen Übergriffen ihr Leben verloren. Mit dem Mord am Mosambikaner Jorge Gomondai, der 1991 in Dresden von Nazi-Skins angegriffen und dabei aus einer Straßenbahn stürzte, fing die Mordserie in Sachsen an. Biedenkopf hat seine offensichtlich falsche Behauptung nie zurückgenommen. Das Verhalten und die Erklärungen von PolitikerInnen am Wahlabend des 19. Septembers 2004 lassen ebenso nichts Gutes ahnen. Als der Nazi Holger Apfel ans Mikrofon trat und von einem „großartigen Tag für alle Deutschen, die es noch sein wollen“ faselte verließen die Vertreter der anderen Parteien den Interviewstand der Fernsehsender. Während die bürgerlichen Parteipolitiker vor den Neonazis öffentlich wegtauchten, demonstrierten am Sonntagabend etwa 150 AntifaschistInnen spontan gegen den Einzug der NPD in das Landesparlament. Zur Eröff-

nung des Parlaments am 19. Oktober drückten noch einmal doppelt so viele Menschen ihren Protest gegen die NPD aus. Zu der Demonstration hatten über hundert Prominente überwiegend KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen aufgerufen. Für eine Großstadt wie Dresden ist das Ergebnis der Mobilisierung eher als peinlich zu bewerten. Das gilt auch für einige auf Plakaten zum Ausdruck gebrachte Statements wie „Kein Sex mit Nazis“ oder mit Hinweis auf die zukünftige Zusammenarbeit von NPD und DVU: „Da wickst zusammen, was zusammengehört!“ Das wird zu wenig sein, um den Einfluss der Neonazis und ihre weitere Ausbreitung zu verhindern. Was die Antifa im allgemeinen versäumt hat, ist über einen gewissen Metropolen-Antifaschismus hinaus auch in ländlichen Gebieten permanent präsent zu sein, um dort aufkommende Nazi-Strukturen entscheidend zu bekämpfen.

Protest gegen Einzug von NPD-Stadträten

*Wer nichts tut, macht sich mitschuldig
Am Donnerstag, dem 30. September 2004
werden erstmals zwei NPD-Abgeordnete
in den Freiburger Stadtrat einziehen.
Wir wollen keine braune Propaganda im
Kommunalparlament unserer Uni-
versitäts- und Bergstadt, die mit Weltof-
fenheit um Touristen und Investoren
wirbt.*

*Zeigen auch Sie Flagge gegen Nazis im
Stadtrat!*

*Kommen Sie am Donnerstag, 15.30 Uhr
vor das Freiburger Rathaus.*

Bürgerinitiative weltoffenes Freiberg

Mit diesem Aufruf forderten besorgte BürgerInnen aus Freiberg dazu auf, den Einzug der NPD-Abgeordneten, Horst

Gottschalk und Silke Modrey mit Protest zu begleiten. Im Rat selber ging alles seinen gewohnten Gang. Von den aufrechten Demokraten wagte es niemand, seine Stimme gegen die Neonazis zu erheben. Man war einfach nett zueinander. Der softe Umgang mit den Neonazis deutete sich schon kurz nach der Wahl an, als OBin Dr. Uta Rentsch verlauten ließ, dass die NPD demokratisch gewählt sei und man mit ihr "demokratisch" umgehen werde. Gespannt darf mensch auf die Reaktionen der Stadträte und Stadträtinnen sein, wenn Horst Gottschalk, ein früherer Parteigänger der "Deutschen Sozialen Union" (DSU), seine ersten ausländerfeindlichen Anträge in den Rat einbringt.

Veranstaltung mit Kurt Pätzold

Stoppt die NS-Verherrlichung war eine zentrale Forderung der Kampagne gegen die alljährlich im bayerischen Wunsiedel stattfindenden Nazi-Gedenkmärsche anlässlich des Todestags von Rudolf Hess, dem stv. Führer, am 17. August. Tausende von Neo-Nazis und Faschisten aus ganz Europa kommen dort zusammen, ohne dass ihnen groß Einhalt geboten wird. Kurt Pätzold ist ein ausgewiesener Faschismusexperte und hat ein Buch über Rudolf Hess verfasst, in dem er sich mit den Legenden über Hess auseinandersetzt. Als Teilnehmer der Antifa-Veranstaltung in Wunsiedel kann er auch über seine Erfahrung vor Ort berichten. Ein spannender und interessanter Lese- und Diskussionsabend für alle, die sich antifaschistisch engagieren (wollen). Die Veranstaltung beginnt am **24. November um 19.00 Uhr** im PI-Haus!



Antifa-Aktionen in Sachsen



250 Neonazis griffen am 25. September 2004 in Chemnitz die Auftaktdemonstration der Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden“ an. Mit dieser Kampagne, einer Initiative antifaschistischer Gruppen aus Thüringen und Sachsen, werden die Strukturen der Neonazis aufgezeigt und die Schließung solcher Naziläden gefordert. Die Bündnisveranstaltung von antifaschistischen Gruppen, PDS, Gewerkschaften sowie kirchlichen Gruppen richtete sich gegen die zwei Neonaziläden mit angeschlossenem Mailorderversand, „backstreetnoise“ von Hendrik Lasch und „n-versand“ von Oliver Reh. Die ca. 300 DemoteilnehmerInnen wurden mit Obst, Steinen und Flaschen von den seit dem

frühen Morgen Bier saufenden Nazis beworfen. Die Nazis zogen neben der Demonstration her, griffen einzelne TeilnehmerInnen an und skandierten Parolen wie „Juden raus!“ oder „Scheiss Judenstaat“. Die Polizeikräfte sahen sich nicht in der Lage, die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Die Mobilisierung der Nazis lief wochenlang über das Internet. Im Forum des „nationalen Widerstandes“ wurde offen über einen Angriff auf die Demo diskutiert. Außerdem wurde durch die Betreiber von „backstreetnoise“ und „n-versand“ für den Tag der Antifa-Demonstration ein Sonderverkauf angesetzt, um mehr Anhänger nach Chemnitz zu locken.

Leipzig

Am 3. Oktober scheiterte der Neonazi Christian Worch zum 12. Mal in Folge seit dem 1. September 2001 mit seinem Vorhaben, in Leipzig einen Aufmarsch durchzuführen. Mit ca. 120 überwiegend jungen AnhängerInnen beabsichtigte er, die Bewohner des als „alternativ“ geltenden Stadtteils Connewitz mit dem Motto „Weg mit der Mauer in den Köpfen“ zu provozieren. Die Gerichte hatten Worch in letzter Minute die Erlaubnis dazu erteilt. Dafür gab es für das Oberverwaltungsgericht ordentliche Politikerschelte. In der Tat muss mensch sich fragen, was die Aktionen von Worch mit freier Meinungsäußerung zu tun haben, die unbedingt gewährleistet sein muss. Worch missbraucht dieses Grundrecht. Er macht aus seinem Ansinnen auch kein Hehl. Er genießt die Medien-

aufmerksamkeit und den Rummel um seine Person, zumal er innerhalb des neonazistischen Lagers inzwischen an Reputation verloren hat. So ist es nicht verwunderlich, dass Worch schon wenige Tage nach dem Debakel am 3. Oktober für den 1. Mai 2005 einen weiteren Marsch anmeldete (den 13. Versuch). Am 3. Oktober konnte er keinen Fuß in den avisierten Stadtteil Connewitz setzen, weil die Bewohner von Leipzig-Süd das mit heftigen Aktionen zu verhindern wussten. Die Neonazis wurden sogar militant angegriffen und der Kundgebungsort von Tausenden AntifaschistInnen belagert. Am Rande brannten aus Müllcontainern errichtete Barrikaden. Schon Stunden vor dem Eintreffen von Worch versammelten sich hunderte Menschen an der Grenze zur Südvorstadt und Connewitz um das Volkshaus. Gekommen waren Antifas, Autonome, Punks, Gewerkschafter, Alte und Junge. Aufgerufen hatten eine Vielzahl von Initiativen, Politgruppen und subkulturellen Einrichtungen der Region. Bis um 12.00 Uhr war die Karl-Liebknecht-Straße – die von Worch favorisierte Route – voll von Personen. Worch selbst kam gegen 11.30 Uhr in Begleitung von sechs jungen Burschen vorgefahren und es war ihm eine gewisse Nervosität anzumerken,

zumal er nicht über genaue Ortskenntnisse verfügte. Die vorgesehene Route – über die Liebknecht-Straße bis zum Connewitzer-Kreuz – war ab Mittag dauerhaft belegt. Eine große Masse blockierte die Aus- und Zugänge zum Nazitreffpunkt Leuschnerplatz. Das blieb bis in den Abendstunden so und die Neonazis mussten an ihrem Sammelplatz ausharren. Das einzige, was ihnen die Polizei erlaubte, war ein Marsch zum Hauptbahnhof, um die Heimreise anzutreten. Zwischendurch kam es allerdings immer wieder zu Polizeieinsätzen und gezielten Ausfällen, bei denen ca. 30 AntifaschistInnen festgenommen wurden.



Christian Worch (Bildmitte) musste stundenlang auf seine „Jünger“ warten. Am Ende wurden es gerade mal 120 „freie KameradInnen“, die mit ihrem „Führer“ nach Connewitz gehen wollten. Daraus wurde nichts. Am Ende hieß es „Worch, geh Du voran - wir schaffen es noch zur Bundesbahn!“

Schöner leben ohne Naziläden!

Aufruf zur Demo am 27. November 2004 in Pirna. Die nächste Kampagnendemo wird am 27.11.2004 in Pirna stattfinden. Hier werden wir den Naziläden „Eagle“ und die zahlreichen um Pirna angesiedelten Versände und Fanzines, wie den „Hugin-Versand“ des Andre Malheur, den „Berkana-Versand“ des Robert Wilkens, die Fanzines „Stahlhelm“ und „Rufe ins Reich“, thematisieren.

Nazistrukturen und rechten Lifestyle angreifen!

Demonstration in Pirna 27. November 2004 ab 12.00 Uhr am Dohnaischen Platz



Keinen Handschlag...

Dresden

Knapp 350 Menschen waren einem Aufruf von hundert sächsischen Prominenten gefolgt, am Tag der Konstituierung des neuen Landtags in Dresden vor dem Landtag gegen den Einzug von Neonazis zu protestieren. Die Resonanz auf den Aufruf ist eher als dürftig zu bezeichnen. Man stand vor dem Landtag herum und lauschte Lieder- und Trommeldarbietungen. Dem ganzen fehlte eine gehörige Portion Pepp. Die anwesenden Menschen machten eher den Eindruck als würden sie einer Pflicht Genüge tun. Die Ruhe vor dem Landtag war allerdings trügerisch. Schenkt man Mel-

[fbÄ, jö] ... für einen Neonazi! Unser Landrat, Volker Uhlig (AUW) denkt da anders. Aber vielleicht weiß er nicht so viel über sein neues Kreistagsmitglied. Sandro Kempe postet gerne als „Wehrwolf“ oder als „8 wehrwolf 8“ im Internet. An Orten, wo er sich unter seines gleichen wähnt, wird er ziemlich deutlich. Zum Beispiel im Forum des sogenannten „Freien Widerstand“. Sein von ihm selbst gewähltes Logo ist dort die „Schwarze Sonne“. Die „Schwarze Sonne“ ist ein Symbol, das von der Schutzstaffel (SS) im Dritten Reich selbst geschaffen wurde. Es ist z.B. als Bodenmosaik in der Wewelsburg (bei Paderborn) zu finden. Dies lässt erkennen, dass es sich wider aller gegenteiliger Behauptungen bei der „Schwarzen Sonne“ nicht um ein rein germanisches oder heidnisches Symbol handelt. Die regelmäßigen Zacken in der Sonne sind Sigrunen ähnlich. Dies macht das Zeichen in der Neonazi-Szene sehr beliebt, da es nicht verboten ist und dennoch einen Bezug zur SS darstellt. Und "wehrwolf"? Auch hier sollte der Landrat einmal nachforschen. Der Begriff „Werwölfe“ weist auf Den Nazi Himmler hin. In einer Rede vom 28.10.1944 vor Männern des ostpreußischen Volkssturms erwähnt Himmler die Taktik des Untergrundkampfes auf „deutschen Boden“. Durch gezielte Sabotageakte hinter den gegnerischen Linien sollten die eigenen Kampfverbände entlastet, durch Anschläge gegen Deutsche, die mit dem Feind zusammenarbeiteten, eine eventuelle Kollaborationsbereitschaft vermindert werden. Kempes Schreibweise

ist eine Entlehnung aus dem Roman „Der Wehrwolf“ von Hermann Löns (1910) mit seiner Schilderung des Partisanenkampfes niedersächsischer Bauern gegen die Soldateska des 30jährigen Krieges – aber die Zusammenhänge muss man bei Kempe vielleicht nicht unbedingt unterstellen, ein ihm unterlaufener Rechtschreibfehler ist da wahrscheinlicher.

Zum Schluss des kleinen Exkurses: die beiden Zahlen "8"! Deren Bedeutung dürfte Herr Uhlig bereits kennen, schließlich ist er im Vereinsvorstand gegen Extremismus und hat sich vom Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Gewalt... aufklären lassen. Das Netzwerk fordert nach der LT-Wahl eine strikte Ausgrenzung von Neonazis. Eben: keinen Handschlag!



dungen der Polizei glauben sind in der letzten Zeit einige Anschläge auf Objekte verübt worden, die Neonazis gehören oder betreiben. An dem Fakt, dass in den nächsten fünf Jahren Nazis ihre Propaganda mit Hilfe von Steuergeldern öffentlich verkünden können, ändert der jetzige Protest nichts. Er kam zu spät!



Sandro hat sich bei einer Anti-Hartz-Demo unter "Volk" gemischt, während seine "KameradInnen" ein Transparent hochhalten mussten "Klagt nicht, kämpft" (ein alter soldatischer Kampfruf).

Leserbriefe

Sehr geehrter Herr Koch, hiermit fordern wir Sie auf, Ihre Flugblattveröffentlichungen „Freiberger Gastronomie fördert Neonazis“ sofort einzustellen. Alle ausgelegten Flugblätter sind bis morgen Mittag (13.09.04) einzusammeln und eine Erklärung vorzubereiten, dass die verschiedenen Artikel journalistisch falsch recherchiert und mit Halb- und Unwahrheiten durchsetzt sind. Leider ist es mir nicht möglich gewesen Sie über das gesamte Wochenende persönlich zu erreichen, in Interesse Ihrer Zeitung weder Telefon- oder Faxnummer angegeben sind. Auf meine persönliche Nachfrage bei der PDS am Bebelplatz 3 (Ihrerseits als Geschäftsadresse angegeben) ist mir mitgeteilt worden, dass Sie dort weder bekannt sind noch ein Büro haben. Somit müssen wir annehmen, dass sich die gesamte Redaktion am Rande der Legalität bewegt. Mit dem Verteilen der gesamten Flugblätter und damit Unwahrheiten haben Sie aber die Legalität schon verlassen. Um Ihre schlechte journalistische Recherche etwas aufzubessern folgende Hinweise: 1. Wir sind ein Haus, dass allen legalen Parteien, Vereinen und Gruppierungen die Möglichkeit bietet gastronomisch betreut zu werden und Ihren Interessen nach zu gehen. Dabei wissen wir nicht welche Inhalte bei Zusammenkünften besprochen werden. 2. Veranstaltungen fanden bei uns nicht nur von der - NPd, - Burschenschaft, - Bund der Vertriebenen, -CDU, - SPD, - Grünen, sondern auch von vielen anderen Vereinen und Institutionen statt. Bei uns zu Gast ist auch in regelmäßigen Abständen die PDS und der Verein Rotfuchs, die beide auch schon Saalveranstaltungen mit Sängern und Buchlesern durchgeführt haben. Ich fordere Sie hiermit mit Nachdruck auf, alle Aktivitäten gegen uns einzustellen, sich bis Montag 13.09.04 bis 12.00 Uhr bei mir zu melden um persönlich ins Gespräch zu kommen. Sollte dies nicht geschehen, werde ich danach alle mir zur Verfügung stehenden Rechtsmittel ausschöpfen und Anzeige erstatten. Hochachtungsvoll Brauhof Freiberg

Berlin, den 12.09.2004

Sehr geehrter Herr Uwe Schäfer, ich gehe nun davon aus, dass Sie als berechtigter Ansprechpartner für die zwei e-mails an den „FreibÄrger“ anzusehen sind. Leider ist mir das von Ihnen angesprochene Flugblatt und sein Inhalt nicht bekannt und wenn ich Sie richtig verstehe, haben Sie es im Brauhof in der Toilette gefunden. Da ich nicht erkennen kann, wer mich zu einem Gespräch im Brauhof auffordert, kann

ich der Aufforderung schon aus dem Grunde nicht Folge leisten. Ein anderer Grund ist meine Abwesenheit von Freiberg, ich befinde mich seit einer Woche in Berlin. Ich werde aber nur dann einen Vertreter der Redaktion beauftragen, mit Ihnen in Kontakt zu treten, wenn Sie mir Ihre Identität verraten. Da sich die meisten Mitglieder der Redaktion entweder in einer Schule oder in einem Betrieb aufhalten, kann diese Begegnung nur ab 17.00 Uhr stattfinden. Dies nur vorweg.

Zu dem anderen Unsinn wie Unterscheidung von Brauhof und Brauhaus mag ich mich jetzt nicht äußern. Aber vielleicht können Sie mir einmal verraten, was Sie mit dem Satz meinen: „werde ich Sie auf Unterlassung, Schadensersatz und Verleumdung“ verklagen. In unserer letzten Ausgabe ist nur erwähnt worden (Titelseite, editorial): „Im Brauhof veranstaltet der Neo-Nazi Sascha Wagner Anfang August eine größere Nazi-Session. Musste das wirklich sein?“ Ich weiß nicht, was daran „Verleumdung“ sein soll, zumal die Information aus Polizeikreisen an die Redaktion herangetragen worden ist. Dass Sie in Ihrem Schreiben, das wir gerne veröffentlichen, alle Gäste gleich behandeln, also SPD-ler, die laut Ihrem Schreiben am 6.08 eine Veranstaltung bei Ihnen gemacht haben, mit einem vorbestraften Neonazi gleich setzen, das verwundert mich doch sehr. In der Angelegenheit würde ich gerne ein Interview mit Ihnen veröffentlichen, das in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung veröffentlicht werden könnte, die Anfang November erscheint. Mit freundlichem Gruß Andreas Koch (Redaktion FreibÄrger)

Sehr geehrter Herr Koch, nun auch noch mal für Sie verständlich. Meine Identität habe ich in der letzten Mail bekannt gegeben: Herr Uwe Schäfer / Inhaber des Brauhofes / Körnerstr.2 / Tel.. 03731 / 35300 / Fax.: 03731 / 353022. Das müßte doch nun auch für Sie ausreichend sein, wobei wir im Gegenzug das gleiche von Ihnen erwartet haben und erwarten. Wahrscheinlich ist aber anzunehmen, dass für Sie aus Gründen heraus („was wir nachvollziehen können“) die Anonymität die scheinbar bessere Lösung ist. Es ist nun mal üblich dass es nicht nur eine Firma gibt, sondern mehrere die durchaus unter ähnlichen Namen firmieren. Auch hier nochmals für Sie folgenden Schwachsinn: Brauhof Freiberg und Brauhaus AG sind 2 verschiedene Firmen(im Handelsregister nachzulesen). Wir

Nationaldemokratische Partei Deutschlands
 Landesverband Freiberg
 Organisation

NPd
 Die Nationalen

Wir laden Sie hiermit zu unserer
 geschlossenen Saalveranstaltung,

mit dem
NPd-Landtagswahl-Spitzenhandbilden

Verlagskaufmann **Holger Apfel**,

am Sonntag, dem 05. September 2004 um 18Uhr

im Gasthof „BrauhoF“, Körnerstr. 2 in Freiberg,
 (ehemalige Freibergener Brauerei)

recht herzlich ein!!!

Es wird über die aktuelle politische Lage in Sachsen gesprochen & auch zum Thema Herz IV und ALIS II. Gegenüberstand zeigt er klare Aussagen, das heißt Ziele und Umsetzung nationaldemokratischer Politik, auf. Dann nationaldemokratische Politik ist Politik vom Volk für's Volk!!! Anschließend ist noch Zeit für Fragen aller Art. Danach wird Frank Rennicke einige seiner Länder mit Gitarre spielen. Am 19.09. ist Landtagswahl in Sachsen! Wahltag ist Zähltag!

Mit herzlichem angelegentlichem Grüßen,
 Uwe Schäfer (Kreisvorsitzender)

Hier bringen Sie die Einladung zur Veranstaltung mit. Überfalls Uwewe Sie mit dem Einladung,
 können Sie die Einladung, Vorname, Telefonnummer!!! Wir freuen uns auf Sie!!!

Die NPd durfte zweimal im Brauhof Räume für ihre menschenverachtende Propaganda nutzen. Daraufhin tauchten verschiedene Flyer in Freiberg auf, welche die logistische Unterstützung verschiedener Gastronomen für die Neonazis kritisierten. Uwe Schäfer, Pächter vom Brauhof, erstattete deshalb Anzeige wegen Verleumdung u.a.. Die Tatsache, dass in seinem Haus die größte Nazi-Veranstaltung seit 1945 in Freiberg stattfand unter Beteiligung zweier sich zum Nationalsozialismus und dessen führenden Protagonisten öffentlich bekennenden Nazi-Figuren wie Holger Apfel und Frank Rennicke ficht den Brauhof-Pächter nicht an. Unverständlich bleibt auch das Verhalten von Rotfuchss Förderverein und PDS, die im Umgang mit dem Brauhof so tun als sei nichts passiert.

können nur hoffen, dass Sie dort auch eine Eintragung besitzen. Den Neonazi -Sascha Wagner - kennen wir nicht, bei uns werden Veranstaltungen unter Privatnamen eingetragen ohne das wir uns den Personalausweis vorlegen lassen (ich denke diese Zeiten sind schon lange vorbei oder lassen Sie sich von jedem Ihrer „ Kunden“ die Papiere zeigen ???.)Die Veranstaltung am 1.08.04 ist auch uns erst von der Polizei als Veranstaltung der NPd angezeigt wurden. Jetzt der Inhalt des Flugblattes mit Ihrem Logo beschriftet (aber Sie kennen diesen ja nicht, also auch hier ein paar Auszüge. Vielleicht kommt das Erinnerungsvermögen wieder): „Wer solchen Personen und Gruppen seine Räume zur Verfügung stellt, fördert den Neo-Nazismus und ermöglicht erst deren Wahlerfolge. Brauhof, Bräustübl.. gehören boykottiert!!!“ Ich meine, dass Sie diese Auszüge nicht das erste Mal lesen, denn Sie werden ja Ihre Artikel vor der Herausgabe prüfen und Ihnen zustimmen oder auch nicht. In diesem Fall standen Sie 100% hinter dem Artikel oder Ihre Mitarbeiter arbeiten ohne Sie und entscheiden selbst was gedruckt und heraus-

gegeben wird. Dann sollten Sie sich Gedanken machen. Ich distanzieren mich von den Parteien alle gleich zu machen und habe auch in keiner meiner Anschreiben an Sie die SPD mit der NPD verglichen. Ich wollte Sie darauf hinweisen, dass Sie (die Redakteure der FreibÄrger) am 6.08.04 in unserem Haus zu Gast waren und die Veranstaltung der SPD besucht haben. Dabei haben Sie jeden kulturvollen Umgang (auch in schweren Zeiten) völlig vermissen lassen. Doch auch das haben wir geduldet. Das Ihre Redakteure oder Sie arbeiten müssen, in die Schule gehen können wir nachvollziehen und geben Ihnen Zeit bis morgen 13.09.04 17.00 Uhr sich bei uns zu melden. Anschließend sehen wir uns gezwungen (für einen guten Ruf des Hauses, welcher ja durch Ihre Negativpublissity beschädigt wurde, wieder herzustellen) Anzeige zu erstatten. Verleumdung und Rufschädigung werden u.a. Anklagepunkte sein. Um uns nicht erst vor Gericht kennen zu lernen und alle vorliegenden Problempunkte richterlich zu klären, sollten Sie heute durchaus nochmals nachdenken und sich bei uns zu einem klärenden Gesprächs morgen melden. Ich denke, dass wir durchaus uns

Ihnen gegenüber sehr kulant gezeigt haben. Ich denke auch Sie sind im Besitz einer Tel / Fax -nr. und können Sie uns zur Verfügung stellen oder wir müssen der festen Annahme sein, dass Sie etwas zu verbergen haben und kein Interesse besitzen mit den Lesern Ihrer Zeitung in Kontakt zu treten. Hochachtungsvoll Schäfer / Brauhof

Berlin, 13.09.2004

Sehr geehrter Herr Uwe Schäfer, Ich konnte inzwischen Rücksprache mit den Redakteuren und Redakteurinnen in Freiberg nehmen. Von denen war niemand am 6.08.2004 in Ihrer Gaststätte. Von dem von Ihnen angezeigtem „Flugblatt“, was wohl eher als Flyer zu bezeichnen ist, wurde mir berichtet. Es sind wohl davon verschiedene Varianten im Umlauf, die überwiegend von Schülergruppen verteilt werden, wobei die Auflagen meiner Einschätzung nach minimal sein dürften. Ihre Behauptung, dass es sich dabei um einen Artikel der Zeitung „FreibÄrger“ handelt, ist falsch und entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Zum Inhalt: Offensichtlich entrüsten sich Jugendliche darüber, dass Sie bzw. andere Personen

Ihres Einzelunternehmens, rechtsextremen Parteien Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt haben. Das entspricht Ihrer auch mir gegenüber geäußerten Auffassung „ultra-rechte“ (Zitat) und „ultralinke“ (Zitat) gleichermaßen zu behandeln bzw. zu bedienen. Dass diese Meinung nicht auf Zustimmung bei Menschen treffen kann, die rechtsextreme Organisationen nicht nur als Konsumenten kennen lernen, sondern als Gruppen, die auch in Freiberg vor Mordversuchen (Brandanschlag Asylbewerberunterkunft Chemnitzer Straße, dort war auch ein NPD-Mitglied beteiligt) und schweren Körperverletzungen nicht zurück schrecken, bedarf wohl keiner näheren Erläuterung. Vielleicht überlegen Sie sich bei zukünftigen Veranstaltungen eine andere Umgehensweise. Bei vorangegangenen Wahlen hat es unseres Wissens keine Veranstaltungen der NPD im Brauhof gegeben, da waren Sie aber noch nicht im Geschäft. Auch unsere Zeitung hat schon verschiedene Veranstaltungen im Brauhof durchgeführt. Von daher sollte Ihnen unsere Zeitung bekannt sein; schließlich haben wir auch Geld dafür bezahlt. Mit freundlichem Gruß Andreas Koch (Redaktion FreibÄrger)

Tootsies (Folge 9)

„Zunächst war alles gut gelaufen. Die Einführung der »Hartz«-Gesetze im Januar 2005 hatte fast reibungslos geklappt. Beim Sturm auf das Arbeitsamt im sächsischen Freiberg waren zwar zwei Büroleiter gelyncht und anschließend drei Randalierer von der Polizei erschossen worden. Aber der Schock über diese Eskalation hatte heilsam gewirkt: PDS und ver.di, die bis dahin die Proteste mit unterstützt hatten, rieten ihren Mitglieder anschließend von weiterer Teilnahme ab, mit dem linken Rest der Montagsdemonstrationen wurde der BGS schnell fertig. Die Bereitschaft der Krankenkassen, angesichts hoher Bilanzüberschüsse die Praxisgebühr für zwei Jahre auszusetzen, tat ein übriges, um die Gemüter zu beruhigen.“

Wer so etwas schreibt tickt nicht ganz frisch, dachte Tui-Tootsie als er diese Zeilen in der Beilage der JuWe las, einer Tageszeitung mit dem Anspruch „links“ zu sein. Er runzelte seine Stirn und warf weiter Lichtscheiben auf ein Nagelbrett. Ein Spielchen bei dem er Little-Tootsie Zielgenauigkeit antrainieren wollte. Mit einem gehörigen Anteil Spaß. Heute hat-

Auf der Suche nach dem wirklichen Leben

te er mit Vorliebe Wolfsheim-CDs aufs Nagelbrett gefeuert. Das war besser als "Handywerfen". Seit 2001 fliegen in Kamenz und Umgebung die Handys. Es gibt, typisch deutsch, bereits einen gemeinnützigen Verein "Vereinigung Deutscher Handywerfer e.V.", der sich laut Satzung der körperlichen und geistigen Ertüchtigung seiner Mitglieder widmet. In der Lessing-Stadt legt man Wert darauf, dass der Verein "politisch, religiös und rassisch" neutral sei. Seit dem

Song „wir sind wir“ von Paul van Dyk und dem „Wolfsheim“-Sänger Peter Heppner, die mit ihrer elektronischen Dusterhärte namens Trance einen Charterfolg hatten, waren seine Zweifel an der Integrität von Wolfsheim enorm angewachsen. Das Stück war ein Spagat zwischen „Loveparade“ und völkischen Landserheftchen. Tui-Tootsie fand bei aller unterschiedlicher Klangproduktion einen gemeinsamen Trend bei solchen KünstlerInnen: das unverkrampfte Ver-



Ein Treffen der Ur-Tootsies, dokumentiert in der Nikolaikirche?



hältnis zu "Heimat" und "Nation". "Das sind doch nicht alle Nazis", hatte Punk-Tootsie in einer Diskussion eingeworfen. "Nu", hatte Tui-Tootsie darauf erwidert, "die spielen alle den coolen Tabubrecher". Die Musikindustrie, so schien es Tootsie, nutzt die teils naive und freche Einverleibung rechter Inhalte für sich aus. "Quote für deutschsprachige Musik im Radio! Ich krieg' das Kotzen!" hatte Punk-Tootsie gestern Abend beim abendlichen burning-out, einem gemeinsamen Lagerfeuer, das Gespräch beendet und demonstrativ ins Feuer gepisst und "Aus! Fertisch!" gerufen. "Vor allem der dazu angefertigte Video-Clip", sinnierte Tui-Tootsie heute weiter, "war eine einzige Anstrengung Geschichte umzudeuten. Nazi-Deutschland als Opfer böswilliger Mächte." Bella-Tootsie kam den Hang hinunter gehüpft als Tui-Tootsie zur Erkenntnis kam, dass die Philosophie der Schuld und der Läuterung zum besseren Leben als Glücksversprechen noch nicht geschrieben und er auch nicht beabsichtige, das Derivat durch eine eigene Schrift zu schließen. "O la, Tui! Was geht?" "O la Bella. Ich übe gerade mit Little-Tootsie Ziel werfen. Du weest doch, wozu schlechte CDs gut sind. Willst ooch mal?" Nö, lass stecken! Ich wollte nur Tschüß sagen. Ich werde wohl für längere Zeit fortbleiben!" "Wirklich?" Tui-Tootsie wirkte leicht erschrocken. Bella-Tootsie nahm Little-Tootsie auf ihre Arme, streichelte ihr über den Kopf. Etwas Schwermut überfiel sie, aber ihr Entschluss stand nun einmal fest: sie wollte eine kleine Bildungsreise antreten. Eine gute Freundin hatte ihr einen Job bei einer Hebamme besorgt. Die Chance wollte sie wahrnehmen und erst einmal für ein paar Monate in den Westen gehen, wie viele ihrer Altersgenossinnen. Tui-Tootsie hatte von Bella-Tootsies Vorhaben gewusst, aber immer nur angenommen, dass es sich um das übliche Wunschenken handelt, dem er sooft hier begegnete, wenn die Freunde und Freundinnen keine wirkliche Perspektive vor Augen hatten. "Schreib mir!" waren Bella-Tootsies letzte Worte und dann war sie, nach einer kurzen Umarmung schon wieder den Hang hoch gelaufen. Little-Tootsie winkte ihr mit drei Fingern nach, auf dem kleinen Daumen steckte eine weitere CD, the best of Heinz Rudolf Kunze. "Ich", lächelte Little-Tootsie, "ich bin ich!"

Was bisher geschah

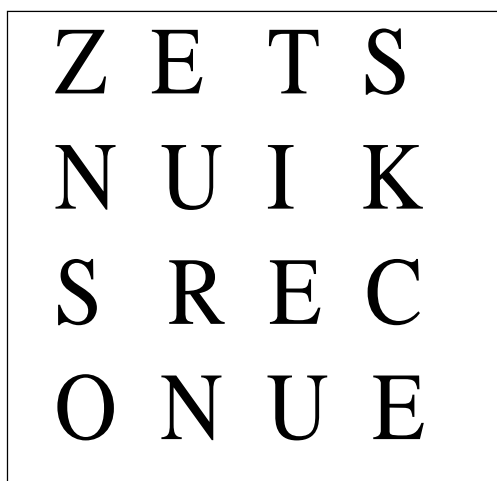
Irgendwann haben sich im Großraum von Freiberg, am Fuße des Erzgebirges, die Tootsies niedergelassen. Ihr Ursprung ist die Nordseeküste, aber das liegt sehr weit zurück. Noch heute versuchen sie einem Lebensgefühl Ausdruck und Praxis zu geben, das jenseits vom Mainstream zum eigentlichen Leben führt. Das trifft, verständlicherweise, nicht überall auf Gegenliebe und Unterstützung. Wer die heutige Gesellschaft verändern will, der oder die, haben es nicht einfach. Ihre Bemühungen werden regelmäßig im FreibÄrger dokumentiert.

Übereinstimmungen mit realexistierenden Personen und tatsächlichen Begebenheiten sind rein zufällig und nicht beabsichtigt. H.P.

Nächste Folge: Die Tootsies haben einen Plan.

Rätsel-Eckchen

Was steckt so alles d'rin?



Boggle für alle

Mensch suche mindestens 4-buchstabile Wörter [nach oben keine Grenze]. Die Buchstaben müssen (benachbart) miteinander verbunden sein. Ein Buchstabe darf in einem Wort nicht zweimal benutzt werden. Eigennamen, geografische Begriffe, Abkürzungen - müssen leider draussen bleiben. Es geht alles, was im Rechtschreibluden gefunden wird. Wer die meisten Wörter-Punkte erzielt (4 Buchstaben- 1 Punkt, 5 Buchstaben- 2 Punkte, usw.), der/die erhält den Band "Braune Kameradschaften" und darf sich antifaschistisch fortbilden! Das Boggle aus Nr. 40 gewann Elisabeth aus Frauenstein. Herzlichen Glückwunsch, guten Appetit beim reichhaltigen Brunch im Antik-Cafe und allzeit "Gut Boggle!"

Impressum V.i.S.d.P.: Andreas Koch, Freiberg **Anschrift der Redaktion:** FreibÄrger, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3, 09599 Freiberg **e-mail:** freibaerger@gmx.net **Internet:** www.freibaerger.de **Druck & Verlag:** Eigendruck und Selbstverlag **Satz & Layout:** Katmatray, Freiberg **Erscheinungsweise:** zweimonatlich **Hinweise:** Bildrechte bei FbÄ-Archiv! Dieses Projekt erwirtschaftet keine Gewinne. **UnterstützerInnen:** Arbeitskreis Ausländer und Asyl Freiberg e.V., Linke StudentInnen Gruppe, Arbeitslosenzeitung "Quer", PDS-Kreisverband Freiberg, Bürgerinitiative "Kein Nazizentrum in Gränitz und auch nicht anderswo!", Einzelpersonen aus Brand-Erbisdorf, Eppendorf, Freiberg, Kleinschirma, Langenau, Tuttendorf und Zug.